

Verlässliche Politik der Koalition

Deutschland weiter auf Erfolgskurs

Die christlich-liberale Koalition ist und bleibt Garant für Wachstum, Wohlstand und Stabilität in Deutschland und in Europa. Während die aktuelle Konjunkturprognose und der Berufsbildungsbericht zeigen, dass der Aufschwung im Land sich fortsetzt, bleibt Deutschland auch in Europa und auf den Weltmärkten weiter auf Wachstumskurs.

Der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland setzt sich fort – das belegt die aktuelle Konjunkturprognose. Die Arbeitslosenzahlen sind erneut gesunken. Ende des Jahres werden – erstmals seit dem Jahr 1992 – voraussichtlich mehr als 29 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Gleichzeitig hat auch die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen einen neuen Höchststand erreicht und die Zahl der älteren Beschäftigten steigt weiter kontinuierlich an. Diese Entwicklung stellt einen enormen Erfolg der christlich-liberalen Koalition dar, denn noch vor wenigen Jahren war die Frühverrentung noch gängige Praxis. Sie verdeutlicht vor allem auch das Potential, das in der Aktivierung älterer Menschen für den Arbeitsmarkt besteht. Aufgrund des Fachkräftemangels ist es für die Betriebe und Unternehmen in Deutschland besonders wichtig, dass die Erfahrung älterer Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt erhalten bleibt. Vor diesem Hintergrund hat die christlich-liberale Koalition in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem sie dem demografischen Wandel in Deutschland weiter gerecht wird. Ziel des Antrags ist es, ein zeitgemäßes Altersbild zu entwickeln und die Potentiale des Alters noch besser zu nutzen.

Gleichzeitig setzt sich die positive Entwicklung für junge Menschen auf dem Ausbildungsmarkt weiter fort. Der vom Bundeskabinett in dieser Woche beschlossene Berufsbildungsbericht 2012

zeigt, dass es im vergangenen Jahr erneut mehr Ausbildungsplätze gab als Bewerberinnen und Bewerber. Damit hat Deutschland weiter die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat.

Auch bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise nimmt Deutschland weiterhin eine Vorreiterrolle in Europa ein. Dank der konsequenten Haushaltskonsolidierung der christlich-liberalen Koalition erfüllt Deutschland die Vorgaben des europäischen Wachstums- und Stabilitätspakets bereits zwei Jahre früher. Der Abbau der Verschuldung trägt neben der Stärkung von Wachstum und Beschäftigung maßgeblich zur Überwindung der Staatsschuldenkrise bei. Gleichzeitig müssen vor allem aber auch die Ursachen der Schuldenkrise angegangen werden – so Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Regierungserklärung im Bundestag in dieser Woche. Den Abbau der Staatsverschuldung und die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung nannte die Kanzlerin als wichtige Ziele, die sie auf dem bevorstehenden G8-Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrieländer ansprechen werde.

Der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland und der konsequente Konsolidierungskurs bei der Bewältigung der Europäischen Staatsschuldenkrise belegen einmal mehr, dass die christlich-liberale Koalition ein Garant für Wachstum, Wohlstand und Stabilität in unserem Land ist und bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Das Betreuungsgeld hat die Familienpolitik wieder in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gerückt, auch wenn die Sachlichkeit in der Debatte nicht immer an oberster Stelle stand. Für mich zeichnet sich eine moderne Familienpolitik dadurch aus, dass die Gesellschaft Familien bei der Verwirklichung ihrer individuellen Familienorganisation unterstützt.



Es ist dabei ein Stück Gerechtigkeit, allen Familien dieselbe Wertschätzung und Unterstützung entgegen zu bringen. Das muss auch für die rund zwei Drittel der Eltern gelten, die ihr Kind in den ersten Lebensjahren selbst betreuen oder die Betreuung privat organisieren. Diese Eltern erfahren derzeit keine unterstützende Hilfe durch die Gesellschaft. Es geht beim Betreuungsgeld nicht um die Frage, ob Eltern berufstätig sind oder nicht. Es geht darum, ob Eltern eine staatlich geförderte Kinderbetreuungseinrichtung in Anspruch nehmen oder die Betreuung privat organisieren möchten.

Das Zentrum des Handelns liegt jetzt bei der Familienministerin. Der Landesgruppe ist es dabei sehr wichtig, dass wir möglichst bald anhand eines Gesetzentwurfs konkret beraten können. Diese Beratungen werden wir ohne Verzögerungen führen und den Menschen damit schnell Klarheit und Verlässlichkeit geben. Die Argumente für das Betreuungsgeld haben unsere Partner schon oft überzeugt: Im Koalitionsvertrag, im Koalitionsausschuss und zu Zeiten der Großen Koalition auch die SPD, mit der wir das Betreuungsgeld als gesetzliches Ziel beschlossen hatten. Wir wollen Menschen Lust auf Familie machen. Dafür steht die CSU: Für eine faire, moderne und zukunftsorientierte Familienpolitik, die sich an christlich-sozialen Leitlinien orientiert und die Bedürfnisse der Menschen ernst nimmt.

Mit freundlichen Grüßen



Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Betreuungsgeld

Wahlfreiheit für junge Familien schaffen

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich weiter konsequent dafür ein, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Betreuungsgeld wie geplant zum Jahr 2013 eingeführt und nicht an weitere Bedingungen geknüpft wird. Das Betreuungsgeld ist wesentlicher Teil unserer christlich orientierten Familienpolitik und ein wichtiges Instrument zur Unterstützung junger Familien – denn es schafft echte Wahlfreiheit.

Die stetig zurückgehenden Geburtenraten der vergangenen Jahre zeigen, dass es für junge Menschen in unserer Gesellschaft zunehmend schwieriger wird, individuelle berufliche Selbstverwirklichung und Familienplanung miteinander zu vereinbaren. Die christlich-liberale Koalition hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, junge Familien bei der Kindererziehung zu unterstützen und einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gesetzlich verankert. Dadurch haben wir bereits eine Möglichkeit geschaffen, mit der Familie und Beruf erfolgreich miteinander vereinbart werden können. Daneben muss der Staat aber auch die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern honorieren, die auf einen

staatlich geförderten Betreuungsplatz verzichten. Denn wenn der Staat den Ausbau öffentlicher Krippen mit durchschnittlich rund 1.000 Euro monatlich pro Krippenplatz finanziell fördert, müssen Eltern nach unserer Überzeugung auch bei der privaten Kinderbetreuung finanziell unterstützt werden. Das Betreuungsgeld ist daher nicht nur eine notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung, es ist vielmehr sogar ein Gebot der Gerechtigkeit. Auch diejenigen Eltern müssen staatliche Unterstützung erhalten, die sich bewusst entscheiden, die Erziehung ihres Kindes eigenständig in die Hand zu nehmen. Deshalb setzt sich die CSU-Landesgruppe weiter dafür ein, dass das Betreuungsgeld nun konse-

quent umgesetzt wird – schließlich ist das Betreuungsgeld nicht nur im Koalitionsvertrag vereinbart, es wurde auch schon in der letzten Wahlperiode von der Großen Koalition gesetzlich verankert. Deshalb sollen Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, ab dem Jahr 2013 mit 100 Euro pro Monat, ab dem Jahr 2014 mit 150 Euro monatlich bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden. Mit diesem Geld kann jede Familie die Betreuung ihrer Kinder ganz nach ihren Bedürfnissen organisieren und wird so bei ihrer individuellen Lebensplanung unterstützt. Das Betreuungsgeld schafft so echte Wahlfreiheit für junge Familien und trägt dazu bei, dass Deutschland ein familienfreundliches Land bleibt.

Diese Woche

Verlässliche Politik der Koalition Deutschland weiter auf Erfolgskurs	1
Betreuungsgeld Wahlfreiheit für junge Familien schaffen	2
Enquete-Kommission Bundestag zieht Zwischenbilanz	2
Operation Atalanta Bekämpfung der Piraterie auch an Somalias Küsten	3
Koalition stärkt ländlichen Raum Chancen des Tourismus nutzen	4
KFOR-Einsatz Mandat verlängern	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Enquete-Kommission

Bundestag zieht Zwischenbilanz

Der Sozialstaat braucht eine leistungsfähige Wirtschaft und die soziale Marktwirtschaft ist nicht die Ursache für die Finanzkrise, sondern die Antwort darauf. Dieses Fazit zog die Union in dieser Woche im Bundestag bei der Vorstellung der Zwischenergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Vor dem Hintergrund der zunehmend globalen Herausforderungen aufgrund des fortschreitenden Verzehrs natürlicher Ressourcen müssen zukunftsfähige Konzepte für nachhaltiges Wirtschaften entwickelt werden. Deshalb hat der Bundestag im Januar 2011 die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ eingesetzt. Diese soll den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft ermitteln und einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln. Zudem soll sie die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt ausloten. Dafür ist die Kommission mit je 17 Bundestagsabgeordneten und Wissenschaftlern besetzt, die bis zur parlamentarischen Sommerpause 2013 verschiedene Handlungsempfehlungen erarbeiten sollen.

Der in dieser Woche debattierte Zwischenbericht der Enquete-Kommission zeigt deutlich, dass unter anderem der Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt dringendes Handeln erfordern, um schwerwiegende Folgen zu vermeiden. Robuste Institutionen müssen entwickelt und eine globale Obergrenze für den Ressourcenverbrauch verbindlich festgelegt werden. Zeitgleich muss es gelingen, die Ressourcenproduktivität zu erhöhen. Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission zeigt auch, dass zur Entkopplung von Wachstum und Ressourcen eine weltweite Kooperation aller Staaten erforderlich ist. Auch im Rahmen der Enquete-Kommission setzt sich die CSU-Landesgruppe weiter für eine Politik ein, die die Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft stärkt und eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene fördert.

Operation Atalanta

Bekämpfung der Piraterie auch an Somalias Küsten

Die christlich-liberale Koalition hat am Donnerstag im Bundestag einem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, mit dem der Einsatz deutscher Streitkräfte im Kampf gegen die Piraterie vor der Küste Somalias weiter fortgesetzt werden soll. Im Rahmen des Mandats können die bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten zukünftig – anders als bisher – auch gegen Einrichtungen der Piraten an der Küste vorgehen.

Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, dem jahrelangen Bürgerkrieg und der materiellen Not der Bevölkerung in Somalia gefährden nach wie vor Piraten das Leben von Seeleuten und die freie Seefahrt vor dem Horn von Afrika. Von den gewalttätigen Übergriffen der Piraten sind insbesondere die humanitären Hilfslieferungen im Rahmen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen betroffen. Da die Übergangsregierung von Somalia selbst nicht in der Lage ist, die Piraterie wirksam zu bekämpfen, sind bereits seit dem Jahr 2008 internationale Streitkräfte im Rahmen der sogenannten „Operation Atalanta“ vor der Küste Somalias im Einsatz. Die EU-geführte Operation hat zum Ziel, den humanitären Zugang nach Somalia durch den Schutz von Schiffen des Welternährungsprogramms und der Truppen der Afrikanischen Union zu gewährleisten. Die Solda-

tinnen und Soldaten sollen Geiselnahmen und Lösegelderpressungen verhindern. Dadurch sollen die vor der Küste agierenden Piraten bekämpft und abgeschreckt und so der zivile Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen gesichert werden. Darüber hinaus wird mit dem Schutz der seeseitigen Versorgung ein Beitrag zur Stabilisierung Somalias geleistet. Die Erfahrung im Einsatzgebiet hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es für die Bekämpfung der Piraterie aber auch besonders wichtig ist, gegen Logistik der Piraten an Land vorzugehen. Dies sieht das Atalanta-Mandat bislang jedoch nicht vor. Vielmehr konnten die EU-Streitkräfte in der Vergangenheit nur auf See agieren. Deshalb soll der EU-Einsatz gegen die Piraten nun auch auf das somalische Küstengebiet ausgedehnt werden. Bis zu einer Tiefe von 2.000 Metern sollen die Soldaten die Logistik, Häfen und Einsatzbasen

der Piraten am Strand bekämpfen können – allerdings nur von der Luft aus und nicht am Boden. Dafür sollen in erster Linie Hubschrauber der Marine eingesetzt werden. Mit dem Atalanta-Mandat können weiterhin bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten vor der ostafrikanischen Küste eingesetzt werden – derzeit sind rund 340 Marine-Soldaten im Einsatz. Mit dem in dieser Woche vom Bundestag beschlossenen Ausweitung und Verlängerung des Mandats können die deutschen Streitkräfte längstens bis zum 31. Mai 2012 vor der Küste Somalias eingesetzt werden. Mit der Verlängerung und Ausweitung des Atalanta-Mandats stellt die christlich-liberale Koalition sicher, dass die Piraterie vor der Küste Afrikas weiter wirkungsvoll bekämpft werden kann. Dadurch werden die humanitären Hilfslieferungen für Somalia gesichert, das Völkerrecht durchgesetzt und die zivile Schifffahrt geschützt.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Ernst(er) Vorwurf

Ein in die Enge getriebenes Tier beißt wahllos zu. Ähnliches war nun bei Klaus Ernst zu beobachten, dem einzig verbliebenen Vorsitzenden der LINKEN. Ernst warf ausgerechnet dem „Neuen Deutschland“ Zensur gegen ihn vor – ja, ausgerechnet dem ehemaligen Propagandablatt der DDR-Staatspartei SED, das inzwischen das Propagandablatt der ehemaligen DDR-Staatspartei DIE LINKE ist. Die Zeitung wehrt sich: Ernst habe von sich aus eine Gastkolumne angeboten, dann das angegebene Thema völlig verfehlt und, als das Blatt Kürzungen vorgeschlagen habe, gefordert: ganz oder gar nicht. Die Antwort vom „Neuen Deutschland“ war eindeutig: dann lieber gar nicht. Für Ernst ein klassischer Beleg für Zensur, tatsächlich aber ein selten weiser Schritt eines ansonsten indiskutablen Propagandablättchens.

Jürgen tritt ihn

Das Flughafen-Desaster in Berlin geht weiter. Die Eröffnung des neuen Großflughafens „Willy Brandt“, geplant für den 3. Juni, wird sich um Monate verzögern – bereits zum zweiten Mal! Längst höhnt die Internetgemeinde in Anlehnung an den bekannten Slogan aus Baden-Württemberg: „Wir können alles. Außer Flughafen. Berlin.“ Nun grätscht dessen Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit auch noch der rot-grüne „Wunschkoalitionär“ für 2013 in die Beine: Jürgen Trittin fordert in der Rheinischen Post unverblümt den Rücktritt Wowereits. Dieser trage die politische Verantwortung und hätte viel früher von den Verzögerungen wissen müssen. Den betroffenen Airlines, Einzelhändlern und Reisenden hilft der rot-grüne Zickenkrieg nichts. Trittins Botschaft passt trotzdem: Wowi, mach den Abflug!

Kraft in Nöten

Dicke Luft an Rhein und Ruhr: Zuerst schrieb der Stern, ein CDU-kritischer Autor des Internet-Blogs „Wir in NRW“ – der 2010 maßgeblich zu Jürgen Rüttgers' Wahlniederlage beigetragen hat – habe von der rot-grünen Minderheitsregierung PR-Aufträge für insgesamt 345.000 Euro erhalten. Deren Chefin Hannelore Kraft erwirkte eine einstweilige Verfügung, was der Stern laut Süddeutscher Zeitung „gelassen“ aufgenommen habe. Aufklärung ohne Wenn und Aber verlangt der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Karl-Josef Laumann: Er hat der Landesregierung zehn Fragen vorgelegt, die noch vor der Wahl zu beantworten seien. Egal, ob die Vorwürfe des Stern zutreffen oder nicht: Der Imageschaden für die SPD ist da. Den Ruch des roten Sumpfes wird sie auch lange nach Rau/Clement/Steinbrück nicht los.

Koalition stärkt ländlichen Raum

Chancen des Tourismus nutzen

Die Koalitionsfraktionen haben in dieser Woche einen Antrag mit dem Titel „Tourismus in ländlichen Räumen – Potenziale erkennen, Chancen nutzen“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser soll sicherstellen, dass der ländliche Raum noch mehr als bisher vom Tourismus profitiert und die ländlichen Regionen gestärkt werden.

Der Boom im Deutschlandtourismus hält an. Mit fast 394 Millionen Gästeübernachtungen – davon knapp 64 Millionen Übernachtungen von ausländischen Gästen, wurde im vergangenen Jahr die Rekordmarke aus dem Jahr 2010 nochmals übertroffen. Im Jahr 2010 haben Urlauber und Geschäftsreisende aus dem In- und Ausland Güter und Dienstleistungen von rund 280 Milliarden Euro in Anspruch genommen. Dank dieser Umsätze finden in Deutschland fast 2,9 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz – das sind rund sieben Prozent aller Erwerbstätigen. Gleichzeitig trägt der Tourismus durch die sogenannten „direkten und indirekten Effekte“ zu 9,7 Prozent zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei. Allerdings zieht es die Touristen hauptsächlich in die

großen Städte und einige ländliche Regionen hinken beim Wachstum hinterher. Dabei sind die touristischen Angebote – insbesondere in Bayern – äußerst vielfältig. Mit dem Antrag, den die Koalitionsfraktionen in dieser Woche in den Bundestag eingebracht haben, sollen deshalb diejenigen Regionen gestärkt werden, die durch den demografischen Wandel besonders herausgefordert sind. Die CSU-Landesgruppe setzt sich damit einmal mehr dafür ein, dass auch der ländliche Raum zukünftig noch mehr vom Wachstumsmotor Tourismus profitiert. Denn wir sind überzeugt, dass der Tourismus neue Perspektiven eröffnet und mit einer weiteren Aufwertung der Infrastruktur helfen kann, qualifizierte Arbeitskräfte im ländlichen Raum zu halten.

KFOR-Einsatz

Mandat verlängern

Die Bundeswehr soll ihren Einsatz im Kosovo „mit unveränderter Zielsetzung“ ein weiteres Jahr im Rahmen des internationalen KFOR-Einsatzes fortsetzen.

Der Bundestag hat in dieser Woche einen Antrag der Bundesregierung debattiert, mit dem die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo fortgesetzt werden soll. Im Rahmen des sogenannten KFOR-Mandats beteiligen sich deutsche Einsatzkräfte bereits seit dem Jahr 1999 an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo. Für die Operation können bis zu 1.850 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt werden. Zwar ist die Lage in der Republik Kosovo grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Eskalationspotenzial im Norden weiter hoch. Deshalb ist es zur Aufrechterhaltung eines sicheren Umfeldes notwendig, dass der deutsche KFOR-Einsatz um ein weiteres Jahr verlängert wird.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Zivile Sicherheit weiter verbessern

Der Bundestag hat in dieser Woche einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Forschung über die zivile Sicherheit beschlossen. Mit dem Antrag werden neue Sicherheitslösungen auf den Weg gebracht, um den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastruktur weiter zu verbessern. Durch Ereignisse wie den dramatischen Verlauf der Loveparade in Duisburg sind Fragen der zivilen Sicherheit in Deutschland zuletzt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Deshalb sollen nun Möglichkeiten gesucht werden, um die Sicherheit in Deutschland zu verbessern, ohne dabei die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu beeinträchtigen. Die christlich-liberale Koalition setzt sich entsprechend dem Leitmotiv „Sicherheit als Basis eines freien Lebens“ für die zivile Sicherheitsforschung ein, damit Deutschland noch sicherer wird und weltweit führender Anbieter von Sicherheitstechnologien bleibt.

Gespräch mit Wirtschaftsuniönen

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, hat in dieser Woche eine Delegation der Wirtschaftsuniönen Deutschland in Berlin empfangen. Im Rahmen des sog. „Know-how-Transfers“ – einem Austausch zwi-



Foto: CSU-Landesgruppe

schen der jungen Wirtschaft und der Politik – verbrachten die Wirtschaftsuniönen mehrere Tage in der Bundeshauptstadt. In der Diskussion ging es vor allem um die Lösung der Schuldenkrise in Europa und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Konsequente Aufklärung

Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der dem Nationalsozialistischen Untergrund angelasteten Neonazi-Mordserie hat seine Untersuchungen in dieser Woche fortgesetzt. Dafür wurden mehrere Zeugen angehört, die in Bayern – zumeist in polizeilicher oder staatsanwaltschaftlicher Funktion – mit den Ermittlungen zur Mordserie betraut waren. Dabei schilderten die Zeugen die umfangreichen Ermittlungen zur Aufklärung der schrecklichen Morde an den Gewerbetreibenden. Auch wenn die Ermittlungsführung von Seiten der bayerischen Behörden zu jeder Zeit von großem Aufklärungswillen getragen war, wurden auch Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Ermittlern aus Bayern und dem Bund sichtbar. Der Untersuchungsausschuss wird seine Arbeit in der nächsten Sitzung mit der Vernehmung des damaligen bayerischen Innenministers, Dr. Günther Beckstein, fortsetzen.